

Auftakt der Tarifrunde im öffentlichen Dienst

GEW fordert sechs Prozent: Gemeinsam mehr erreichen für eine gerechte Bezahlung

Mit Gehaltsforderungen in einem Gesamtvolumen von sechs Prozent geht die Bildungsgewerkschaft GEW in die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Den Verhandlungsauftakt am morgigen Mittwoch (18. Januar 2017) in Berlin will die GEW NRW mit Aktionen der Beschäftigten begleiten und hat für den Nachmittag in Düsseldorf eine Demonstration vor dem Sitz des Arbeitgeberverbandes des Landes NRW (AdL NRW) und vor dem Finanzministerium NRW geplant.

Im Gesamtpaket ist neben der Forderung nach einem Sockelbetrag als sozialer Komponente die Einführung einer weiteren, sechsten Erfahrungsstufe in den Entgeltgruppen 9 bis 15, die für Lehrkräfte und Sozialpädagog*innen maßgeblich sind, enthalten.

Darüber hinaus fordert die Bildungsgewerkschaft, das Auseinanderdriften der Gehälter im öffentlichen Dienst zu stoppen und die Lücke zwischen den Entgelttabellen des Tarifvertrages Bund und Kommunen (TVöD) und des Tarifvertrages der Länder (TV-L), im Schnitt mittlerweile rund vier Prozent, zu schließen. Außerdem steht die Eindämmung des Befristungsunwesens - insbesondere im Wissenschaftsbereich - auf der tariflichen Agenda.

„Wir kämpfen gemeinsam für eine gerechte Bezahlung. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder haben im Verhältnis zur Tarifentwicklung bei Bund und Kommunen und vor allem zur Privatwirtschaft noch immer einen hohen Nachholbedarf. Auch sie wollen von den günstigen wirtschaftlichen Rahmendaten profitieren. Nur mit einer attraktiven Bezahlung bleibt der öffentliche Dienst insgesamt konkurrenzfähig“, erklärte heute GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer in Essen. „Deshalb fordern wir deutliche Gehaltssteigerungen“, sagte sie weiter. „Mit einer besseren Bezahlung können wir auch dem drohenden Lehrkräftemangel wirksam entgegentreten.“

Von den Tarifverhandlungen sind bundesweit rund 200.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte betroffen, davon alleine in NRW rund 40.000, außerdem zahlreiche Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die sozialpädagogischen Fachkräfte im Landesdienst.

Die GEW-Landesvorsitzende erwartet eine intensive Tarifrunde: „Die öffentlichen Arbeitgeber werden uns wie gewohnt nichts schenken. Wenn es bei den Verhandlungen nicht weitergeht, werden wir unsere Mitglieder zum Streik aufrufen.“ Dorothea Schäfer wendet sich mit einem Appell speziell auch an die verbeamteten Lehrkräfte: „Da die Tarifierhöhung auch auf die Beamt*innen übertragen werden, ist auch ihr Einsatz und ihre Beteiligung an Aktionen wichtig.“

Berthold Paschert | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 17. Januar 2017
www.gew-nrw.de/presse